

Das BIP ist nicht alles

25 Jahre Mauerfall. Der Aufbau Ost ist weiter vorangeschritten, als es allein der Blick auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zeigt. Die Selbständigenquote beispielsweise ist inzwischen höher als im Westen, und auch mit der Kapitalausstattung geht es voran. Die Achillesferse des Ostens ist aber nach wie vor der Arbeitsmarkt.

Um die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland besser zu erfassen, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) einen Indikator entwickelt, der sich aus sieben Kriterien zusammensetzt (Grafik). Demnach haben die neuen Länder in puncto wirtschaftliche

Übereinstimmung inzwischen immerhin knapp drei Viertel des Westniveaus erreicht.

Vorangegangen ist es vor allem mit der Selbständigenquote, die als Spiegelbild für den Aufbau einer mittelständischen Unternehmenslandschaft gilt. Auch der Kapital-

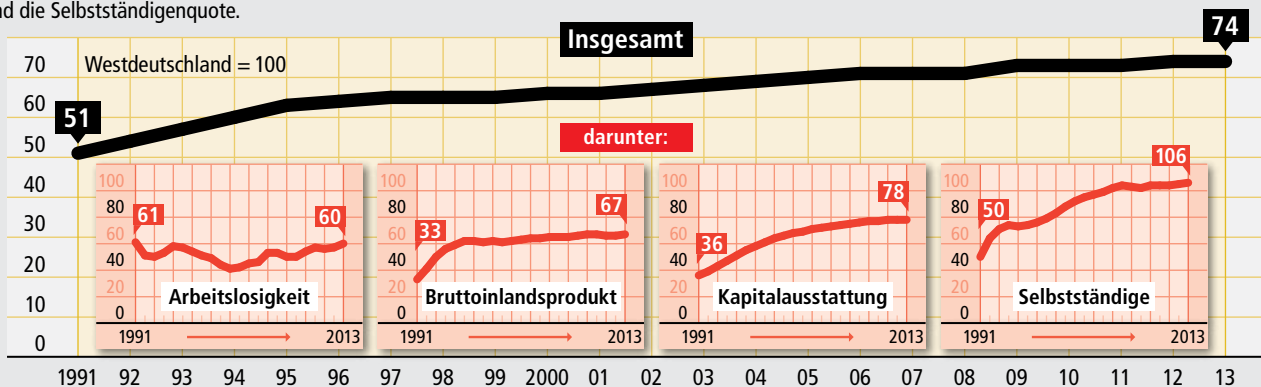
stock je Einwohner – ein Indiz für die Modernität der Produktionsanlagen – nähert sich allmählich dem Westniveau an.

In Sachen Arbeitslosigkeit hat sich zwar vieles zum Besseren gewendet (vgl. Seite 7). Doch nach wie vor liegt die Arbeitslosenquote im Osten 60 Prozent über dem Westniveau.

aus IW-Trends 3/2014

Klaus-Heiner Röhl: 25 Jahre nach dem Mauerfall – Bilanz und Herausforderungen
iwkoeln.de/mauerfall

Der IW-Einheitsindex Für eine umfassende Beurteilung des Konvergenzerfolgs hat das IW Köln einen aus sieben Einzelkriterien zusammengesetzten und gleichgewichteten Einheitsindex erstellt. Berücksichtigt werden darin neben der gesamten Wirtschaftsleistung je Einwohner die Produktivität, die Kapitalausstattung je Einwohner, der Anteil des Forschungspersonals an den Erwerbstätigen, die Erwerbsbeteiligung, die Arbeitslosigkeit und die Selbständigenquote.



Ohne Berlin; **Arbeitslosigkeit:** Arbeitslosenquote West in Relation zu Ost; **Bruttoinlandsprodukt:** je Einwohner; **Kapitalausstattung:** je Einwohner 2012; 2013: IW-Fortschreibung
Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit, Stiftung Wissenschaftsstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 45

25 Jahre Mauerfall

THEMENHEFT

In den vergangenen 25 Jahren haben sich Ost- und Westdeutschland immer weiter angeglichen. Dabei ist die wirtschaftliche Entwicklung in einigen Bereichen stärker vorangeschritten als in anderen – Zeit für eine Bilanz. Im Interview berichtet Eckart John von Freyend unter anderem über seine Zeit im Bundesfinanzministerium, wo er als Ministerialdirektor für die Rechts- und Fachaufsicht der Treuhand zuständig war. Außerdem analysieren wir, warum sich die meisten Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands kurz nach dem Mauerfall als zu optimistisch entpuppt haben.

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen
in Deutschland



Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +

»Es gab nicht einmal Telefone«

Eckart John von Freyend (72)
war von 1990 bis 1995 als Ministerialdirektor im Bundesfinanz-

ministerium für die Rechts- und Fachaufsicht der Treuhand zuständig, die die knapp 8.000 ehemaligen DDR-Betriebe privatisierte. Der ehemalige IW-Präsident weiß, warum der Unternehmensverkauf nicht mit einem Plus, sondern einem gewaltigen Minus für die Staatskasse endete.

Herr John von Freyend, als Sie Ende 1990 Ihr Amt angetreten haben, haben Sie damals wirklich geglaubt, dass sich die Wiedervereinigung quasi von selbst finanziert?

Jedenfalls haben wir das nicht vollkommen ausgeschlossen, wir haben zunächst einmal den Zahlen geglaubt, die damals in der Welt waren. Im November 1990, unmittelbar nach der Wiedervereinigung, gab es ja eine große Euphorie – nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch. Viele westliche Unternehmen haben in der DDR das Sprungbrett in den Osten, in die Sowjetunion gesehen.

Und wann haben Sie selbst das erste Mal geahnt, dass die Wiedervereinigung nur mit großen finanziellen Lasten zu bewerkstelligen ist?

Das haben wir relativ bald geahnt, wir haben ja von Tag zu Tag dazugelernt. Zunächst einmal gab es damals eine vollkommene Kommunikationsbrüche, in den ehemaligen DDR-Unternehmen gab es nicht einmal funktionierende Telefone. Erst im Dezember 1990 hat man dann das Stasi-Telefonnetz entdeckt, mit dem man dann zumindest in die Bezirkshauptstädte telefonieren konnte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir gar keine echte Vorstellung, wie viele Unternehmen es in den neuen Bundesländern gab und in welcher Verfassung sie waren. Wir hatten nur eine erste Andeutung von den Problemen, da es im Herbst 1990 zu einer großen Liquiditätskrise gekommen war: Nach der Währungsunion misstrauten sich die Unternehmen gegenseitig so sehr, dass die Bundesregierung kurzfristig Bürgschaften bis zu einem Volumen von 35 Milliarden D-Mark allein zur Liquiditätsstützung der Beteiligungsunternehmen zur Verfügung stellen musste.

Wie gut haben Sie die 8.000 Unternehmen, die die Treuhand privatisieren oder veräußern sollte, selbst kennengelernt?

Im Bundesfinanzministerium hatten wir in erster Linie Kontakt zur Treuhandanstalt und zu wenigen großen Unternehmen, den großen Privatisierungs- und Sanierungsfällen.

Gibt es einen Betrieb, bei dem Sie sagen würden: Hier ist uns die Privatisierung voll und ganz gelungen?

Das kann man so nicht kategorisieren. Jedes Unternehmen, das längerfristig fortgeführt wurde, war ein Erfolg der Privatisierungs- und Sanierungsarbeit der Treuhandanstalt.

Und umgekehrt? Gibt es einen Betrieb, den die Treuhand hätte retten können?

Bei dieser unvorstellbaren Fülle von Privatisierungs-, Sanierungs- und leider auch Abwicklungsvorgängen, die die Treuhand in kurzer Zeit vornehmen musste, wird man in jedem Einzelfall sagen können, man hätte es noch besser machen können – wenn man dafür Jahre Zeit gehabt hätte.

Bis heute sind die neuen Bundesländer ökonomisch noch weit entfernt von den „blühenden Landschaften“, wie sie Helmut Kohl damals versprochen hat. Wie lange wird es noch dauern, bis Ost und West wirtschaftlich gleichauf sind?

Was glauben Sie, wie lange es noch dauert, bis das Saarland oder Schleswig-Holstein sich an Bayern oder Baden-Württemberg angenähert haben? Wir haben nun einmal dauerhafte Unterschiede zwischen den Bundesländern aufgrund unserer föderalen Strukturen und die sind nicht von Nachteil, sondern Ausdruck einer lebendigen Wettbewerbsstruktur. Die Hochschulen in den neuen Bundesländern beispielsweise haben zuletzt eine erfreuliche Attraktivität und Sogkraft entwickelt, gerade auch für junge Leute aus dem Westen. Möglicherweise entsteht im Osten momentan eine Innovationskultur, die der westlichen deutlich überlegen ist.

Sie waren fünf Jahre lang Ministerialdirektor. Mit welchem Gefühl haben Sie diesen Posten 1995 aufgegeben?

Wir wussten alle, dass das Ende der Treuhandanstalt nicht das Ende der Integrationsbemühungen darstellt. Aber ich bin mit dem Gefühl gegangen, dass ein großer Teil der Aufgabe erledigt ist – und zwar unumkehrbar. Zu wissen, dass wir die Zukunft Deutschlands nicht mit Tausenden von Staatsunternehmen belasten müssen, war eine sehr befriedigende Vorstellung.

Ursprünglich sollte der Verkauf der DDR-Betriebe Geld in die Staatskasse spülen. Tatsächlich beendete die Treuhandanstalt ihre Arbeit mit einem Defizit von mehr als 200 Milliarden D-Mark. Hat man Ihnen oder Birgit Breuel, der Treuhand-Präsidentin, das jemals angelastet?

Nein, wir haben die Verluste schließlich nicht gemacht. Es hat zwar parlamentarische Untersuchungsausschüsse gegeben, in denen einzelne Fehlentwicklungen untersucht worden sind; die galten aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht den Mitarbeitern der Treuhand oder den beteiligten Bundesministerien. Die Arbeit der Treuhandanstalt wurde vielfältig dokumentiert und durch Wirtschaftsprüfer und weitere Gutachter überprüft. Auch wenn man in der Nachschau vielleicht nicht von „blühenden Landschaften“ sprechen kann, so sind doch herausragende Fortschritte bei der Neuordnung einer maroden sozialistischen Planwirtschaft erzielt worden. Dies hat mit dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Herausforderung der Finanzkrise als Klassenbesten in Europa gemeistert hat.

Viel zu optimistisch

DDR-Wirtschaftsstruktur. Die meisten Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands kurz nach dem Mauerfall entpuppten sich als viel zu optimistisch. Wie konnten sich die Ökonomen nur so irren?

Als vor 25 Jahren die Mauer fiel, zerbrachen sich nicht nur Ökonomen den Kopf darüber, wie leistungsfähig die alte DDR-Wirtschaft wohl sei. Politiker, Unternehmer und nicht zuletzt viele Ostdeutsche selbst stellten sich die spannende Frage, wie schnell die ehemals sozialistische Volkswirtschaft wohl Anschluss finden würde an den Westen.

Viele Szenarien gingen davon aus, dass es innerhalb nur eines Jahrzehnts gelingen könnte, den wirtschaftlichen Rückstand zu Westdeutschland auf 20 Prozent oder sogar noch weniger zu verringern.

Dieses Kalkül ist jedoch nicht aufgegangen: Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner erreichte im Jahr 2013 nur 67 Prozent des Westniveaus. Und auch die Produktivität der Arbeitskraft liegt um 24 Prozent niedriger als im Westen (Grafik).

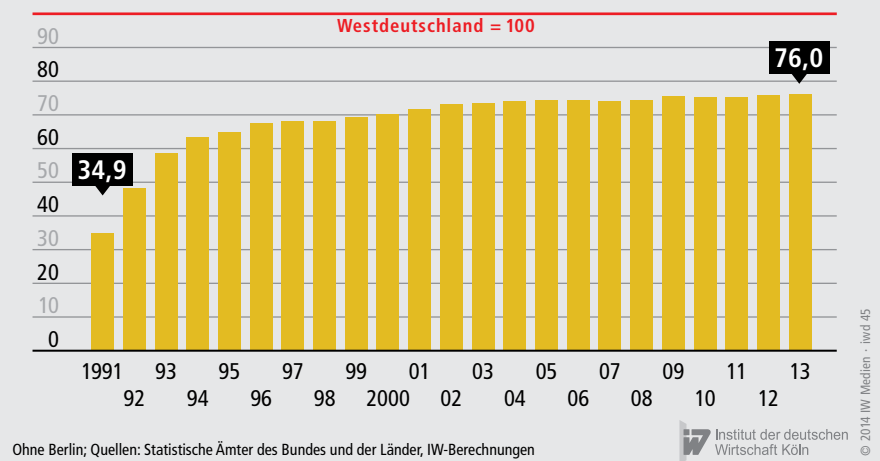
Warum verläuft zwischen Ost- und Westdeutschland noch immer ein wirtschaftlicher Graben? Eine Antwort lautet: Weil zentrale Annahmen zur Ostwirtschaft, die vor 25 Jahren getroffen wurden, viel zu optimistisch waren:

Ausgangsniveau

Zur Zeit der Wende ging man davon aus, dass das Produktivitätsniveau der DDR-Wirtschaft rund halb so hoch sei wie das in Westdeutschland. Tatsächlich aber er-

Ostdeutschland: Produktivität immer noch niedrig

Nominales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern



reichte die Ost-Produktivität im Jahr 1991 nur ein Drittel des Westniveaus. Grund für diesen Irrtum war, dass sich die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Betriebe nur schwer einschätzen ließ: Die DDR war vom Weltmarkt abgeschottet, der Staat entschied, was und wie viel produziert und zu welchen Preisen es verkauft wurde. Marktpreise, die den Wert der Waren und Dienstleistungen „made in GDR“ realistisch widerspiegeln, gab es nicht.

Produktivitätsdynamik

Ausgehend von der Wiederaufbauphase der Bundesrepublik in den 1950er Jahren, als die Arbeitsproduktivität jährlich um fast 6 Prozent wuchs, prognostizierte man auch für Ostdeutschland einen stürmischen Aufholprozess.

Tatsächlich entwickelte sich die Arbeitsproduktivität nach der Wiedervereinigung zunächst sehr dynamisch: Innerhalb von nur vier Jahren kletterte sie bis 1995 auf 65 Prozent des Westniveaus. Bis 2000 stieg die Produktivität allerdings nur noch um magere 5 Punkte auf 70 Prozent, mittlerweile sind es 76 Prozent.

Bezahlt wurde diese Produktivitätsentwicklung zudem mit einem

massiven Rückgang der Beschäftigung: Zwischen 1991 und 2000 ging die Zahl der Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern um fast 840.000 zurück.

Kapitalausstattung

Hier blieb der Osten ebenfalls hinter den Erwartungen zurück. Zwar führten die günstigen Investitionsbedingungen – geringe Arbeitskosten, großzügige staatliche Investitionsförderung, eingespielte Geschäftsbeziehungen ostdeutscher Betriebe mit Osteuropa – zunächst zu höheren Ausrüstungsinvestitionen je Erwerbstätigen als in Westdeutschland; ab 2000 sackten sie aber schon wieder unter das Niveau der alten Bundesländer.

Öffentliche Finanzen

Aufgrund all dieser Dynamiken erwiesen sich die Annahmen auf diesem Gebiet ebenfalls als falsch. Geringere Steuereinnahmen und höhere Ausgaben ließen die Staatsverschuldung schneller steigen als erwartet: Bereits im Jahr 2000 hatten die Einwohner in den neuen Bundesländern im Durchschnitt mehr Staatsschulden angehäuft als in den alten.

Stärken und Schwächen

Auf gen Westen – diesen Entschluss haben seit dem Jahr 1989 knapp zwei Millionen Menschen gefasst, die Ostdeutschland in Richtung alte Bundesländer verlassen haben. Rechnet man allerdings die Zuzüge aus dem Ausland dagegen, stehen die neuen Bundesländer nicht so schlecht da. So sind zwischen 1992 und 1996 und seit dem Jahr 2011 mehr Menschen nach Ostdeutschland zu- als weggezogen. Nach vorläufigen Zahlen konnte 2013 sogar erstmals das Geburtendefizit

ausgeglichen werden – aber nur dank des Zuwanderungsmagneten Berlin. Ein wesentlicher Baustein der wirtschaftlichen Stärke Deutschlands ist die Industrie: Anders als in vielen entwickelten Ländern hat hier in den vergangenen 20 Jahren keine Deindustrialisierung stattgefunden. Der Wiederaufbau des Verarbeitenden Gewerbes war deshalb auch ein Kern des Aufbaus Ost. Besonders gut ist dies in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen gelungen, wo

es Industrieverbände der Chemieindustrie, der Autoindustrie, der Mikroelektronik, des Maschinenbaus und der erneuerbaren Energien gibt. Ein weiteres Standbein Ostdeutschlands ist der Tourismus, der seit der Wende ordentlich zugelegt hat. Dabei hat sich vor allem Berlin mit inzwischen über 7.100 Übernachtungen je 1.000 Einwohner zum Zentrum des Städtetourismus ent-

Auf gen Westen

Wanderungssaldo Ostdeutschlands mit ...

... Westdeutschland		Insgesamt	... dem Ausland
-171.356	1991	-128.165	43.191
-95.636	1992	17.233	112.869
-59.846	1993	36.411	96.257
-33.852	1994	37.465	71.317
-31.338	1995	44.796	76.134
-35.327	1996	23.287	58.614
-28.520	1997	-10.079	18.441
-41.728	1998	-28.613	13.115
-51.464	1999	-21.220	30.244
-68.766	2000	-50.729	18.037
-91.454	2001	-60.336	31.118
-76.756	2002	-49.623	27.133
-57.699	2003	-37.757	19.942
-52.529	2004	-42.966	9.563
-47.092	2005	-27.970	19.122
-50.684	2006	-39.778	10.906
-48.780	2007	-43.217	5.563
-41.420	2008	-44.362	-2.942
-18.508	2009	-27.890	-9.382
-9.883	2010	-3.294	6.589
-8.885	2011	30.647	39.532
-2.663	2012	52.183	54.846
-680	2013	66.299	66.979

Ostdeutschland: einschließlich Berlins; Quelle: Statistisches Bundesamt

Ostdeutschland: Wieder mehr Industrie

Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in Prozent

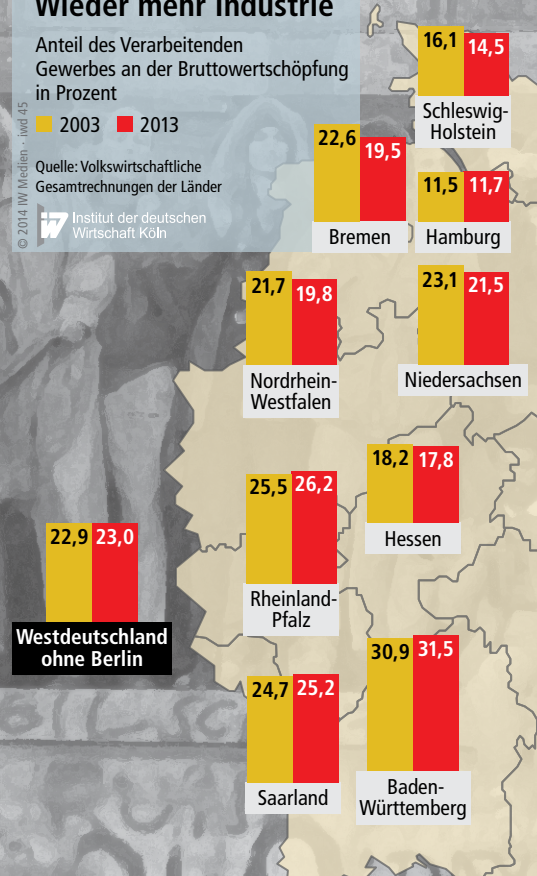
■ 2003 ■ 2013

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

i7 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwv 45

© 2014 IW Medien - iwv 45

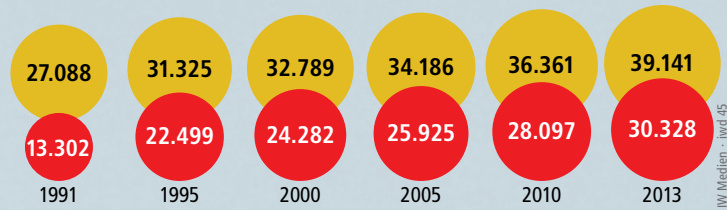


wickelt und liegt im europäischen Vergleich auf Rang drei hinter London und Paris. Weitere touristische Highlights sind die Ostseeküste mit den Inseln Rügen und Usedom sowie die mecklenburgische Seenplatte. In Mecklenburg-Vorpommern kamen zuletzt 17.000 Gästeübernachtungen auf 1.000 Einwohner – mit Abstand der Spitzenwert in Deutschland.

Arbeitskosten: Osten legt nach

Arbeitskosten je Arbeitnehmer in Euro zu laufenden Preisen

■ Alte Bundesländer ■ Neue Bundesländer



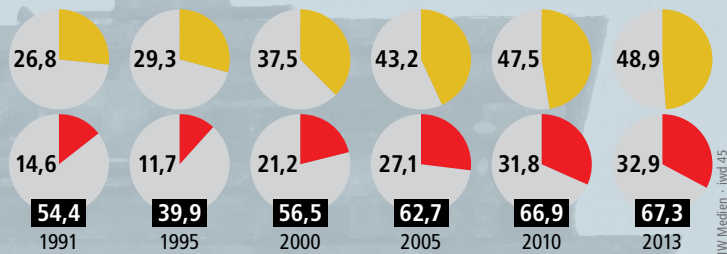
Ohne Berlin; Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2014 IW Medien - IwD 45

Osten holt beim Export auf

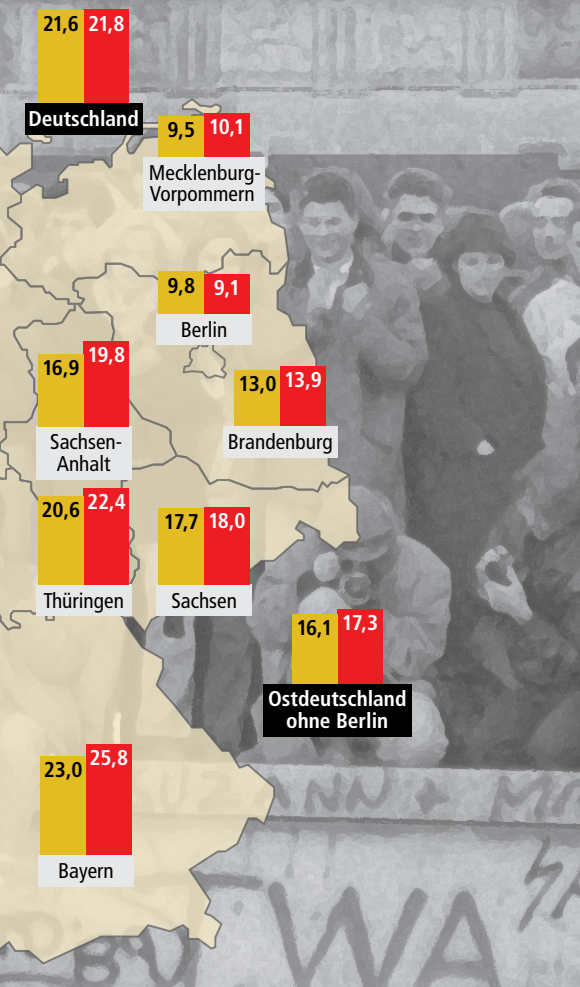
Anteil des Auslandsumsatzes des Verarbeitenden Gewerbes in Prozent

■ Alte Bundesländer ■ Neue Bundesländer ■ Exportquote West = 100



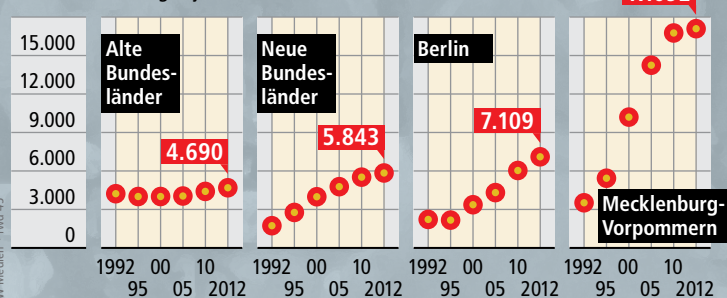
Ohne Berlin; Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder

Institut der deutschen Wirtschaft Köln © 2014 IW Medien - IwD 45



Berlin und Ostsee locken Touristen

Gästeübernachtungen je 1.000 Einwohner



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© Foto: dpa Picture-Alliance GmbH

Der Osten auf Sparkurs

Bundesländer. Im Jahr 2013 haben elf von 16 Bundesländern geschafft, ihre Pro-Kopf-Verschuldung zu senken. Zu ihnen gehören ausnahmslos die ostdeutschen Länder. Im Westen sind die Schulden dagegen zum Teil noch deutlich gestiegen – was die Herausforderungen in Zukunft umso größer werden lässt.

Auch wenn Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble den Ländern vor kurzem eine Lockerung der Schuldenbremse angeboten hat, ist die Vorgabe dieser bereits im Grundgesetz verankerten Regelung eindeutig: Demnach dürfen die Bundesländer ab 2020 nur noch dann neue Kredite aufnehmen, wenn die Konjunktur auf Talfahrt geht. Und sobald sich die Wirtschaft erholt, sind die Schulden umgehend zurückzuzahlen.

Damit das funktionieren kann, müssen die Bundesländer ihre Schuldenberge abtragen. Ansonsten wären neue Kredite wohl oft unumgänglich, allein um die Schuldzinsen zu bezahlen. Angesichts der aktuellen Schuldenstände ist die Herausforderung groß (Grafik):

Zum Jahresende 2013 hatte der Schuldenberg der Bundesländer insgesamt eine Höhe von 625 Milliarden Euro – das waren gut 7.750 Euro je Bundesbürger.

Immerhin gibt es eine Reihe von Ländern, die beim Abbau ihrer Verbindlichkeiten auf gutem Weg sind. So ist die Pro-Kopf-Verschuldung im vergangenen Jahr in elf Bundesländern gesunken. Sämtliche ostdeutschen Länder einschließlich Berlins haben einen Teil ihrer Schuldenberge abgetragen – und das trotz

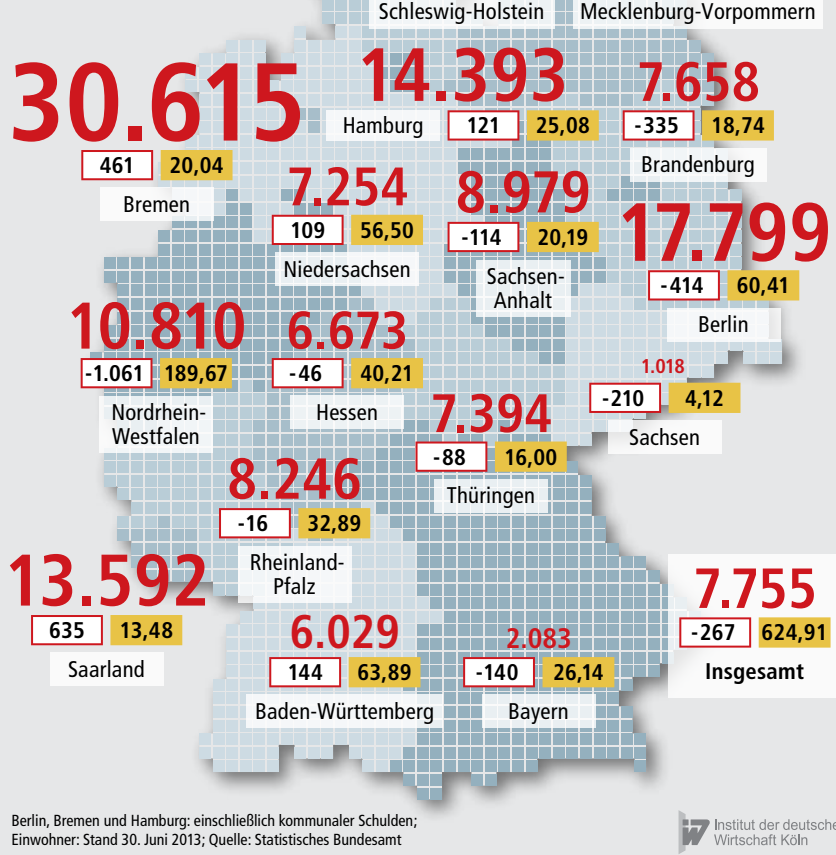
Bundesländer: Wo die Schuldenberge stehen

Schuldenstand zum 31. Dezember 2013

■ in Euro je Einwohner

□ Veränderung gegenüber 2012

■ in Milliarden Euro



sinkender Mittelzuflüsse aus dem Solidarpakt.

In Sachsen und Bayern beträgt der Schuldenstand je Einwohner inzwischen nur noch wenig mehr als 1.000 bzw. 2.000 Euro.

Andernorts ist die Schuldenlage nicht nur viel dramatischer, sondern hat sich auch noch verschärft – vor allem in Westdeutschland. Das ist nicht zuletzt deshalb fatal, weil der demografische Wandel – die Einwohnerzahl schrumpft und die Bevölkerung wird im Schnitt immer älter – gerade dort in den kommenden Jahren und Jahrzehnten erst so richtig zum Tragen kommt.

Dann aber wird es für die Länder noch schwieriger, Schulden abzubauen. Während nämlich die Einnahmen unmittelbar sinken, wenn

die Bevölkerungsgröße – und damit die Zahl der Steuerpflichtigen – abnimmt, lassen sich viele Ausgaben nicht so ohne weiteres reduzieren. So ist zum Beispiel der politische Widerstand groß, wenn in Regionen mit immer weniger Kindern eine Schule geschlossen werden soll.

Manche Ausgaben werden in den kommenden Jahren im Zuge der alternden Bevölkerung sogar zwangsläufig steigen. Das gilt etwa für die Pensionen der Staatsbediensteten.

Gerade einige westdeutsche Länder sollten deshalb nicht nur umgehend mehr tun, um die Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten. Sie müssen vielmehr auch Rücklagen für die Zukunft bilden – sonst werden die Sparzwänge später umso größer.

Alles wird besser

Arbeitsmarkt. Nach einer langen Phase des Niedergangs hat sich der ostdeutsche Arbeitsmarkt gefangen. Seit knapp einem Jahrzehnt sinkt die Zahl der Arbeitslosen deutlich – und das nicht nur, weil der Arbeitsmarkt durch Demografie und Abwanderung entlastet wird.

In wirtschaftlicher Hinsicht setzte kurz nach der Vereinigung in den neuen Bundesländern Ernüchterung ein. Das lag vor allem am Arbeitsmarkt, der sich binnen kürzester Zeit rapide verschlechterte. Viele ostdeutsche Unternehmen waren der plötzlichen Konkurrenz durch westdeutsche Firmen nicht gewachsen – sie mussten Betriebsteile schließen oder ganz dichtmachen.

Durch diesen Transformationsprozess gingen viele Arbeitsplätze verloren:

Von 1992 bis 2002 sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland um fast 1,3 Millionen.

Auch zu Beginn der 2000er Jahre kehrte keine Ruhe ein. Denn infolge der Dotcom-Krise verschwanden im

Osten von 2002 bis 2005 weitere 400.000 Jobs.

Parallel zum Stellenabbau nahm die Arbeitslosigkeit enorm zu. Im Jahr 2003 kletterte die Arbeitslosenquote im Osten erstmals über die Marke von 20 Prozent und erreichte 2005 mit 20,6 Prozent ihren Höhepunkt (Grafik).

Doch seitdem hat sich der Arbeitsmarkt-Trend gedreht – nicht zuletzt aufgrund der Agenda-Reformen der Regierung Schröder.

Von 2005 bis 2013 halbierte sich die Zahl der Arbeitslosen auf 870.000 und die Arbeitslosenquote sank auf 11,6 Prozent.

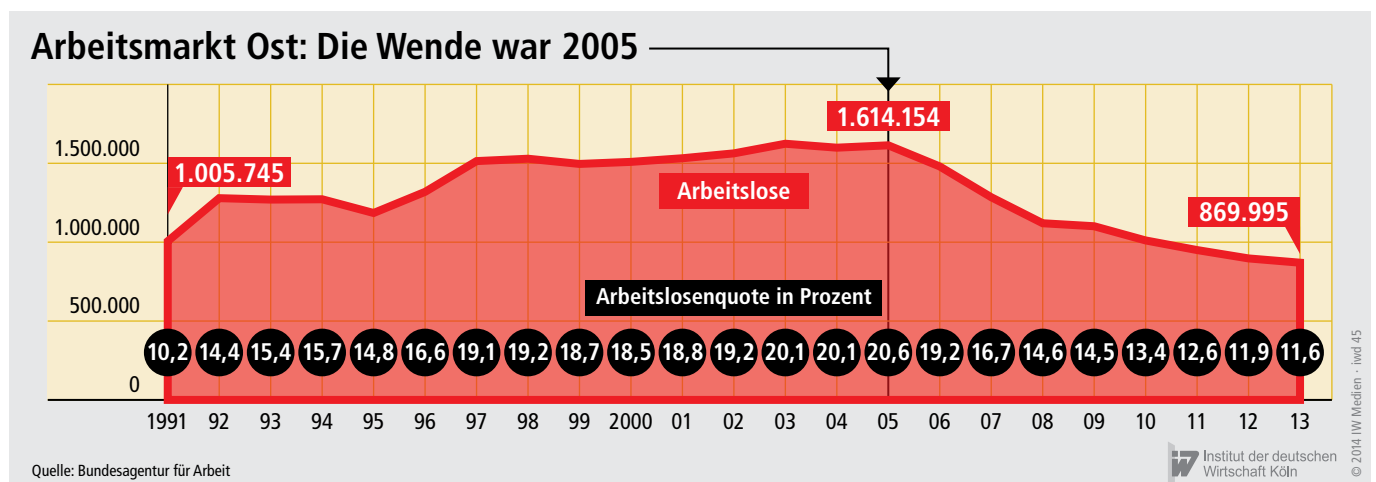
Der Rückgang der Arbeitslosigkeit wird häufig damit erklärt, dass die Zahl der Erwerbspersonen abgenommen habe. Das trifft zu, ist aber nur die halbe Wahrheit. Denn letztlich beeinflussen zwei Faktoren den ostdeutschen Arbeitsmarkt:

1. Abwanderung. Zwischen 2005 und 2013 schrumpfte die Zahl der Ostdeutschen im erwerbsfähigen Alter um rund 1,2 Millionen. Verantwortlich dafür war zum einen der Geburtenknick, der kurz nach der

Wende einsetzte. Damals sank die Geburtenrate innerhalb weniger Jahre auf weniger als ein Kind pro Frau. Mittlerweile wird im Osten aber das Westniveau von knapp 1,4 Kindern pro Frau übertroffen.

Zum anderen haben viele Ostdeutsche ihrer Heimat den Rücken gekehrt: Seit 2005 sind per saldo 260.000 Personen ausgewandert (ohne Berlin). In den vergangenen Jahren hat sich der Exodus jedoch abgeschwächt, 2012 wurde sogar eine Nettozuwanderung verzeichnet.

2. Neue Jobs. Seit dem Jahr 2005 sind östlich der Elbe fast 600.000 neue Stellen geschaffen worden. Zuwächse gab es vor allem in der Zeitarbeit, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Einzelhandel. Rückläufig war dagegen die Beschäftigung im Erziehungswesen – wo es weniger Kinder gibt, werden auch weniger Lehrer gebraucht. Einen kleinen Zuwachs verbucht auch die Metall- und Elektro-Industrie, die mit 480.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der größte industrielle Arbeitgeber in den neuen Bundesländern ist.



Von Ostdeutschland lernen

Bildung. Die ostdeutschen Bundesländer investieren deutlich mehr in die Bildung als die westdeutschen – das zahlt sich aus.

Ob es sich um Schüler an allgemeinbildenden Schulen und an Berufsschulen oder um Studenten handelt – bei der Ausbildung ihres Nachwuchses lassen sich die fünf ostdeutschen Flächenländer nicht lumpen (Grafik):

Die öffentlichen Pro-Kopf-Bildungsausgaben für die unter 30-Jährigen betragen in Ostdeutschland im Jahr 2013 gut 4.800 Euro – annähernd 11 Prozent mehr als in den westdeutschen Flächenländern.

Zu dem guten Ergebnis hat allerdings auch der demografische Wandel beigetragen. Weil die Schülerzahlen im Osten in den vergangenen Jahren deutlich schneller gesunken sind als im Westen, verteilen sich die Bildungsausgaben auf entsprechend weniger Köpfe. Im Jahr 2005 lagen

die Pro-Kopf-Ausgaben mit rund 3.200 Euro im Osten und 3.000 Euro im Westen noch deutlich näher beieinander.

Wie alle guten Investitionen zahlen sich auch die in Bildung aus. Bei den letzten Schüler-Vergleichstests im Jahr 2012 lagen die ostdeutschen Flächenländer in den Naturwissenschaften vorn. In Mathematik standen mit Sachsen, Thüringen und Brandenburg gleich drei ostdeutsche Länder auf dem Treppchen.

Ein Grund für solche Erfolge – darin sind sich Bildungsforscher einig – ist eine frühkindliche Förderung, wie sie in Tagesstätten angeboten wird. Und auch hier hat der Osten die Nase vorn: 54 Prozent der Kinder unter drei Jahren besuchen eine frühkindliche Einrichtung oder werden in öffentlich geförderter Tagespflege betreut – im Westen ist die Quote nur halb so hoch.

Die rückläufigen Schülerzahlen haben auch die Zahl der Studienanfänger reduziert, die ihr Abi im Osten gemacht haben – allein seit 2009 um gut ein Drittel. Weil die neuen Länder aber gute Lehrbedingungen bieten –, weniger Studenten je Professor und höhere Ausgaben pro Student – konnten sie das zumindest teilweise kompensieren: Seit 2009 hat sich die Nettozuwanderung von Stu-

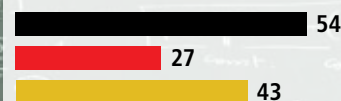
Bildungssystem im Ost-West-Vergleich

■ Flächenländer Ost ■ Flächenländer West ■ Stadtstaaten

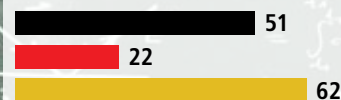
Öffentliche Bildungsausgaben je Einwohner unter 30 Jahren 2013 (Soll) in Euro



Anteil der Kinder unter drei Jahren in Kinderbetreuung oder öffentlicher geförderter Kindertagespflege in Prozent



Anteil der Schüler in öffentlichen oder privaten Ganztagsgrundschulen 2012 in Prozent



Studenten je Professor an Hochschulen 2012



Laufende Ausgaben (Grundmittel) je Student (ohne Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften) 2011 in Euro



Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 iw Medien - iw 45 - Foto: Colours-pic - Fotolia.com

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iw@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich
Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de
Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

iw KÖLN. WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.